

Haushalt 2021 Stellungnahme der IUHAS-Fraktion

Wir möchten uns zuerst bei Herrn Bickhardt dem Leiter der Finanzverwaltung und seinen Mitarbeiter*innen bedanken. Ein weiterer Dank gebührt ihm für seine sachkundige Beantwortung der Fragen unserer Fraktion.

Auch dies ist ein Haushalt, der in absolut ungewöhnlichen und schwierigen Zeiten zustande gekommen ist und verabschiedet wird. Haben wir im vergangenen Jahr den Haushalt noch über Facetime vom Haupt- und Finanzausschuss in Vertretung der Gemeindevertretung verabschiedet, können wir ihn dieses Mal sowohl im Ausschuss als auch in der Gemeindevertretung (GVe) von Angesicht zu Angesicht diskutieren.

Blicken wir bzgl. Corona doch noch einmal kurz zurück. Die IUHAS-Fraktion hatte damals einen hohen sechsstelligen Betrag als **Corona-Soforthilfen** zur Unterstützung ortsansässiger Geschäfte und Selbständiger gefordert. Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Stattdessen wurden 60.000,- € für Wirtschaftsförderung und soziale Hilfen eingestellt. Nachdem mehrere Wochen nichts geschah, haben wir nachgefragt. Wir wollten wissen, wie dieser Beschluss der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht wurde, welche Kriterien zur Vergabe zu Grunde gelegt wurden und wie hoch die Beträge waren, die bisher abgerufen wurden. Die Antwort, die wir vom Bürgermeister erhielten, war zwar sehr umfangreich, gipfelte aber in der Aussage, dass der Gemeindevorstand schon Mitte Mai keinen Handlungsbedarf gesehen hat und somit den Beschluss der GVe nicht umgesetzt hat. Entscheidet jetzt der Gemeindevorstand incl. BM, welche Beschlüsse des Parlaments umgesetzt werden und welche nicht?

Ein weiteres Beispiel ist u.E. unser Antrag vom Dezember 20. Wir wollten den Gemeindevorstand beauftragen, einen Flyer zu Corona-Hilfeleistungen zu erstellen, dem man kurz und prägnant die wichtigsten Hilfsmaßnahmen von Bund, Land, Gemeinde etc. entnehmen kann. Diesen Antrag haben wir zurückgezogen, nachdem der BM uns zusagte, auf der Homepage einen weiteren Link mit dem Tenor „Wo erhalte ich was in Corona-Zeiten“ einzustellen. Bis heute warten wir auf diesen Link.

Aber nicht nur diese Anträge wurden nicht umgesetzt: (**Nichtumsetzung beschlossener Maßnahmen**)

- Die GVe hatte mit dem Haushalt 2020 Mittel in Höhe von 10.000,- € bereitgestellt für eine Verbesserung der innerörtlichen Beschilderung. Passiert ist nichts!
- Für die Einrichtung eines Kunst- und Geschichtspfades wurden Mittel in Höhe von 15.000,- € eingestellt. Bisher wurde nichts verwirklicht!
- Für die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes standen 5000,- € bereit. Ist das Konzept in Auftrag gegeben? Nicht bekannt!

- Ein Beschluss der GVe die Zahl der Gemeindevertreter für die Periode 2021-2026 zu reduzieren, wurde nicht rechtzeitig weitergegeben, so dass auch in den nächsten Jahren 31 Parlamentarier in der GVe sitzen werden.

Diese Beispiele mögen an dieser Stelle genügen, um einen Blick auf die Versäumnisse des Bürgermeisters zu werfen.

Ich möchte nun zum **Haushaltsentwurf** kommen:

Die Corona-Krise hat uns bisher weniger stark getroffen, was den Haushalt der Gemeinde angeht, als vielleicht befürchtet. Ein Ende der Pandemie ist jedoch noch nicht abzusehen, ebenso wenig wie sich die wirtschaftliche Situation entwickeln wird.

Statt eines Einbruchs der Finanzen im vergangenen Jahr konnte die Gemeinde glücklicherweise eine Gewerbesteuerzahlung in Höhe von 3,7 Mio. verbuchen. Mit solchen positiven Überraschungen ist im laufenden Jahr wohl nicht zu rechnen. Trotzdem glaubt die Gemeinde 2021 400.000,- € mehr an Gewerbesteuer einnehmen zu können als 2020. Hinzu kommt, dass die Schlüsselzuweisung des Landes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs um 50% höher liegt (bei etwa 1,2 Mio) als im vergangenen Jahr. Die Kreis- und Schulumlage sind zusammen im Vergleich nicht gestiegen.

Und was ist das Ergebnis des Ganzen? Uns liegt ein Haushaltsentwurf vor, der mit einem Fehlbetrag von ca.1.500.000,- € abschließt.

Den geplanten Gesamtaufwendungen in Höhe von 21,337 Mio stehen Erträge von nur 19,81 Mio gegenüber

Dieser Haushalt ist nur dadurch genehmigungsfähig, weil die Ergebnisrücklage über ausreichend Mittel verfügt, um das Defizit auszugleichen. Dies bedeutet, dass wir unsere Ausgaben nur deshalb finanzieren können, weil wir vom Ersparten leben. War der Bestand an Zahlungsmitteln am 1.1.2020 noch bei 6,3 Mio €, wird er geplant am 31.12.21 bei lediglich noch 4,6 Mio € liegen. Wir leben also auf „Pump“. Dass sich diese Situation grundlegend ändert, wie uns der BM weis machen möchte, ist wie Lesen im Kaffeesatz.

Auf die **einzelnen Aspekte des Haushaltsentwurfs**, die wir z.T. kritisch sehen, und auf **unsere Anträge** möchte ich im Folgenden eingehen.

Beginnen wir mit dem **Stellenplan**:

Die Gemeinde gibt jährlich Millionen für die Kinderbetreuung aus. Trotzdem möchte der BM die Kindertagesstätten noch besser ausstatten. Es sollen pro Gruppe zusätzliche Unterstützungskräfte eingeplant werden. Obwohl dies eine Erhöhung des Stellenplans um fast 5 Stellen bedeutet, werden wir diese Ausweitung mittragen, da der IUHAS die personelle und sächliche Ausstattung unserer Kindertagesstätten und Krippen am Herzen liegt. Wir möchten aber auch, dass die Stelle in der Jugendförderung, die z.Z. nicht besetzt ist, so schnell wie möglich ausgeschrieben wird.

Auch dass eine weitere halbe Stelle im Bauamt geschaffen werden soll, ist für uns nachvollziehbar.

Einer weiteren Stelle im **Ordnungsamt** werden wir nicht zustimmen. Nach Aussage des BM soll eine Stelle freigehalten werden für eine vorübergehend ausscheidende Mitarbeiterin. Dieser Argumentation können wir nicht folgen. Zuerst sollten die im Stellenplan vorgesehenen Stellen wirklich besetzt werden, was z.Z. nicht der Fall ist. Bei einer Rückkehr der Mitarbeiterin kann erneut über den Stellenplan diskutiert werden. Dass diese Stelle auch Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes übernehmen soll, ändert daran nichts. Beim Vorstellen des neu überarbeiteten Feuerwehrentwicklungsplans wurde uns auf Nachfragen damals zugesichert, dass damit keine weitere Stelle bei der Gemeinde verbunden wäre. Bevor man neue Stellen fordert, sollte der Gemeindevorstand überlegen, ob es nicht auch andere Möglichkeiten gibt, Aufgaben zu verteilen.

Ein **zentraler Aspekt der Politik des Bürgermeisters**, der auch Auswirkungen auf den Haushalt hat ist der **Austritt aus dem Ordnungsbehördenbezirk (OBB)**.

Zum Jahresbeginn 2020 wurde gemeinsam mit den Kommunen Bickenbach und Seeheim-Jugenheim ein gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk (OBB) gegründet. Diese Form der interkommunalen Zusammenarbeit dient u.a. als Begründung dafür, dass die 3 Gemeinden beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft im Landesentwicklungsplan gemeinsam eine Höherstufung zum Mittelzentrum erreichen wollen. Bisher waren alle 3 Gemeinden als Grundzentrum eingestuft. Bei einem Mittelzentrum sind die Schlüsselzuweisungen, die die Gemeinden vom Land erhalten, höher als bei einem Grundzentrum. (siehe Bergsträsser vom 20.1.21). Anscheinend gibt es in dem neu gegründeten OBB Unstimmigkeiten zwischen Alsbach-Hähnlein und den beiden anderen Kommunen. Statt sich mit den anderen Bürgermeistern an einen Tisch zu setzen, um diese Probleme auszuräumen, möchte BM Bubenzer den erst 1 Jahr alten OBB wieder verlassen. Nicht nur dass er die Höherstufung im Landesentwicklungsplan damit in Frage stellt, er möchte zusätzliche Mittel in Höhe von 25.000,- € im nächsten Jahr für eine eigene

Kommunalpolizei ausgeben, da Alsbach-H. überhaupt nicht über die entsprechenden Sachmittel verfügt. Vielleicht könnte man die Probleme lösen, wenn alle 3 Stellen, die unsere Gemeinde in diesen Bezirk einbringen wollte, besetzt wären. Eine Stelle wurde vor genau einem Jahr erst geschaffen.

Wir werden weder einer Kündigung des OBB noch weiteren Finanzmitteln im Haushalt zustimmen.

Neubau der Kita Hähnlein als PPP-Modell ?

Ein Punkt, der bei Durchsicht des Haushaltsentwurfs ins Auge sticht, ist die Erhöhung der Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten. Dieser Haushaltsansatz soll von bisher 16 T € um mehr als 100.000,- € erhöht werden. Wenn man einen Blick in das Investitionsprogramm wirft, zeigt sich der Zusammenhang. Obwohl die Gemeinde in Hähnlein eine Kita bauen möchte und der Bau mit 7 Mio. veranschlagt wird, finden sich im Haushalt für dieses und die nächsten Jahre keine Finanzmittel. (Im Haushaltsplan 2020 stehen übrigens nur 5 Mio als Gesamtausgabe). Dies kann nur bedeuten, dass die Gemeinde zwar eine Kita benötigt, aber selbst kein Geld dafür ausgeben will. Eine Möglichkeit ist ein sog. Public Private Partnership-Projekt (PPP), d.h. ein Investor baut, die Gemeinde mietet ihre Kita zurück. Solche Projekte sind nicht neu. Eines der bekanntesten Projekte war 2004 der Landkreis Offenbach mit seinen Schulen, die mit privatem Kapital saniert und betrieben werden sollten. Das Ergebnis kann man nur mit „Über den Tisch gezogen“ beschreiben. Während die beteiligten Unternehmen einen Gewinn von über 100 Mio Euro einstrichen, häufte der Kreis Schulden in einem hohen dreistelligen Bereich an. Die TU Darmstadt machte es mit ihrem damaligen Kanzler Efinger besser. Nach reiflicher Prüfung hat die TU mehr als 50 Bauprojekte in Eigenregie durchgeführt. Sie hat dadurch wahrscheinlich auch hohe Beratungskosten gespart, die beim Kreis OF in Millionenhöhe angefallen sind.

Der Bundesrechnungshof hat bereits 2011 mit den Rechnungshöfen aller Bundesländer festgestellt, dass die Wirtschaftlichkeit von solchen Projekten nicht nachgewiesen ist. Eine Fernsehdokumentation hat 2013 detailliert die Nachteile von PPP-Projekten aufgezeigt: keine parlamentarische Kontrolle, Geheimhaltung der Verträge etc.. Der Präsident des Bundesrechnungshofes wies darauf hin, dass die Unternehmen anders als der Staat Gewinne erzielen müssen, ihre Kreditkosten oftmals aber höher sind als die des Staates. Hier zeigt sich der Zielkonflikt: Die Politik muss sich am Gemeinwohl orientieren, das Hauptziel von Unternehmen ist die Gewinnmaximierung.

Die SPD hat nun zur heutigen Sitzung den Antrag vorgelegt, dass der Gemeindevertretung eine Analyse der möglichen Realisierungsmodelle für den Neubau der Kita Hähnlein vorgelegt werden soll. Diesen Antrag werden wir

mehrheitlich mittragen und dafür Finanzmittel einstellen, obwohl wir PPP-Modelle aus besagten Gründen ablehnen. Wir fordern aber trotzdem, dass im Haushaltsplan 1.200.000,- € eingestellt werden, um ggf. den Neubau in Gemeindehand zu realisieren. Dieser Betrag ist Teil eines Kredites aus dem Hess. Investitionsfonds, den die Gemeinde beantragt hatte. Der BM wollte allerdings nur 800 Tausend Euro zum Kauf eines Grundstücks aufnehmen, da man offensichtlich nicht selbst bauen will.

Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, erschwert dies für die IUHAS-Fraktion eine Zustimmung zum Haushaltsentwurf.

Obwohl die Gemeindevertretung bereits 2019 auf Antrag der IUHAS die Erstellung einer **Klimafunktionskarte** einstimmig beschlossen hatte und auch schon im Haushalt 2020 Geld dafür eingestellt, aber nicht ausgegeben worden war, soll die Realisierung jetzt von der Beteiligung der Nachbarkommunen abhängig gemacht werden. Eine Beteiligung sollte damals zwar geprüft werden, die Umsetzung war aber, auch wenn der BM dies heute anders sieht, nicht an Bedingungen gebunden. Wenn es nach Hr. Bubenzer gehen würde, bräuchten wir überhaupt keine Klimafunktionskarte. Dass ihn eine solche wissenschaftliche Expertise nur stört, zeigt sich an den Hals-über-Kopf beschlossenen Baumaßnahmen wie den Netto-Markt in Hähnlein und das sog. Quartier22 in Alsbach. Die IUHAS wird nach wie vor darauf bestehen, dass eine solche Karte für AH erstellt wird. Leider war unser Antrag auf Streichung des textlichen Zusatzes „Realisierung abhängig von Beteiligung der Nachbarkommunen“ nicht erfolgreich. Er wurde wieder einmal von CDU und FW, die sich den Wählern so „grün“ präsentieren, abgelehnt. Ob der Bürgermeister eine solche Karte in Auftrag geben wird, wenn erstmal die Kommunalwahl vorüber ist, erscheint uns äußerst fraglich.

Gemeindewald

Der Gemeindevorstand/Bürgermeister möchte im Bereich der Marienruhweghütte ein Stück Wald von einem privaten Besitzer erwerben, da ihm dieser Teil als Zugang zum gesamten Waldgebiet nicht „ordentlich“ erscheint. Angeblich kann man den Waldbesitzer nicht verpflichten, sich der Pflege des Waldes zu widmen. Mit dem eingestellten Betrag von 20.000,- € soll nun nach Aussage der Verwaltung ein Areal von 6-7000 m² von einer insgesamt 20000 m² Fläche gekauft werden. Dies würde einem m²-Preis von ca 3,- € entsprechen, obwohl der Bodenrichtwert z.Z. bei etwa 1 Euro (Geoportal Hessen) liegt und nach Aussage des Bürgermeisters das Holz in diesem Bereich wertlos ist. Wir fordern deshalb, die gesamte Fläche zum Preis des Bodenrichtwertes zu erwerben. Mit entsprechenden Nachpflanzungen könnte Hessen-Forst im Auftrag der Gemeinde dem Klimawandel in unserem Wald gerecht werden.

Kommen wir nun zu den Anträgen der IUHAS-Fraktion:

Die IUHAS-Fraktion hat den Antrag gestellt, die Voraussetzungen für die Schaffung einer **Wald-/Naturkindergartengruppe** zu prüfen und die erforderlichen Schritte für die Umsetzung vorzubereiten (Kostenschätzung etc.). Hierfür haben wir im Haushalt 200.000,- € beantragt. Wir möchten Eltern, die eine naturnahe Erziehung und Betreuung ihrer Kinder wünschen hiermit ein Angebot machen. U.E. werden z.Z. zu wenig Angebote „außer der Reihe“, wie z.B. Wald-/Rucksacktage durchgeführt. Eine Waldkindergartengruppe macht die Gemeinde attraktiver und fördert gleichzeitig die Gesundheit und Entwicklung der Kinder. Wir würden damit die bestehenden Betreuungskapazitäten zukunftsorientiert erweitern.

Dieses Projekt fand bedauerlicherweise nicht die Zustimmung der Mehrheit der anderen Fraktionen, so dass wir uns mit der Einstellung von 25.000,- € zufrieden geben mussten und unseren Antrag zurückgezogen haben. Dieses Geld soll u. E. dazu dienen, die Voraussetzungen zur Bildung einer Waldkindergartengruppe zu prüfen. Der Ankauf eines Bauwagens für Waldprojekte könnte ein erster Schritt sein. Wir werden die Entwicklung in den Kitas mit Interesse verfolgen.

Bereits 2019 hatte die IUHAS-Fraktion den Antrag gestellt, 12.000,- € in den Haushalt aufzunehmen für die Einführung eines **1-Euro-Tickets** für eine „Wabe Alsbach-Hähnlein“, d.h. für eine Nutzung des ÖPNV innerhalb der Gemeinde. Das Ziel war, das Angebot des ÖPNV attraktiver zu gestalten und damit eine Reduzierung der Umweltbelastung zu erreichen. Eine Neugestaltung der „Wabe“ – der Zahlbereiche des ÖPNV – wurde bis jetzt zwar von DaDiNa bzw. dem RMV noch nicht umgesetzt. Dies ist für uns aber kein Grund dieses Geld aus dem Haushalt zu streichen. Wir werden diesen Betrag wieder einfordern und weiterhin versuchen eine für die Bürger*innen AHs günstige Tarifstruktur zu erreichen.

Um Bäume entlang des **Radweges Hähnlein – Rodau** nach zu pflanzen, hatte die IUHAS im letzten Jahr beantragt, 2000,- € in den Haushalt einzustellen. Der Bürgermeister verwies damals auf die Zuständigkeit von Hessenmobil, da es sich um eine überörtliche Straße handele. Er wolle sich aber selbst darum kümmern, dass hier Bäume nachgepflanzt würden. Nach unserem Kenntnisstand ist hier bis heute nichts geschehen. War dies eine Versprechen ohne den Willen zur Umsetzung?

Unsere **weiteren Anträge**, Finanzmittel für ein Elektrolastenfahrrad für die Gemeindeverwaltung, für Saatgut für Blühstreifen, für die Unterstützung von

Veranstaltungen für Demokratie sowie die Förderung eines „grünen Klassenzimmers“ wurden von den anderen Fraktionen im Haupt- und Finanzausschuss unterstützt und fanden so eine Mehrheit.

Die Anträge der anderen Fraktionen möchte ich nicht weiter diskutieren. Eine Ausnahme mache ich jedoch bei 2 **Anträgen der CDU**. Es ist interessant wie die CDU ihr „grünes Mäntelchen“ entdeckt. Hatte die Gemeindevertretung bereits im Waldwirtschaftsplan mehrere Tausend Euro zur **Pflanzung von Bäumen** beschlossen und der Bürgermeister, auch CDU-Vorsitzender, in seinem Haushaltsentwurf 5000,- € für Baumnachpflanzungen im Straßenbereich eingestellt, beantragt seine Fraktion weitere 5000,- € für innerörtliche Baumpflanzungen. Natürlich freut sich die IUHAS-Fraktion über jeden Baum und wir werden diesen Antrag unterstützen. Nur der Bürgermeister selbst gibt zu, dass im letzten Jahr gar nicht alle Bäume gepflanzt werden konnten. Wir sind gespannt, wo im laufenden Jahr überall in der Gemeinde Bäume ihr schattenspendendes Grün entwickeln werden.

In einem zweiten Antrag möchte die CDU den **Blütenweg** in Alsbach von Jugenheim bis Zwingenberg aufwerten und dafür 10000,- € ausgeben. Auf Nachfrage, was hier geschehen soll, wird ein Waldweg beschrieben, den man ausbessern möchte, der aber nicht lokalisierbar ist. Der Blütenweg durch Alsbach ist in einwandfreiem Zustand. Für Ortsunkundige: er führt aus den Weinbergen von Zwingenberg kommend über die Hochstraße, Lindenstraße und den Brückenweg nach Jugenheim. Was hier aufgewertet werden soll, weiß wahrscheinlich nur die CDU.

Ursprünglich wollte die IUHAS zahlreiche weitere Anträge für diesen Haushalt stellen. Dies haben wir angesichts der finanziellen Haushaltslage der Gemeinde unterlassen. Wir werden unsere Vorschläge jedoch nicht unter den Tisch fallen lassen, sondern bei sich bietender Gelegenheit in den Diskussionsprozess einbringen.

Man könnte noch zu vielen Einzelaspekten des Haushaltes Stellung nehmen. Ich möchte es bei den genannten Punkten belassen.

Wir freuen uns, zwar den einen oder anderen Punkt im Haushalt umgesetzt zu haben, trotzdem wird der Haushalt keine Zustimmung unserer Fraktion erhalten, da entscheidende Aspekte wie die Umsetzung des Neubaus der Kita Hähnlein in Eigenregie, die Einrichtung des Waldkindergartens und die Klimafunktionskarte sich nicht in unserem Sinne im Haushalt widerspiegeln.